

# Rundschau : Monatsschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **23 (1929)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

andern Sinn als sie auf den ersten Blick hatten. Sie mahnen zur Besinnung, zur „Umkehr“. Aber sie sind nicht entmutigend, sie weisen erst recht zur Höhe. Erst recht leuchtet darüber Zion auf.

L. R a g a z.

Anmerkung. Ich darf vielleicht bei diesem Anlass wieder an meine Schrift: „J u d e n t u m u n d C h r i s t e n t u m“ erinnern, die den ganzen Zusammenhang bietet, in den das oben Ausgeführte gehört.



## Rundschau



### Monatsschau.

Die Geschichte hat keine Sommerferien gemacht. Während an den grossen Kurorten in den Bergen und am Meere die neue Bourgeoisie, die vom „Mammon der Ungerechtigkeit“, sei's dem des Krieges, sei's dem der Nachkriegszeit, vollgesogene, ihre tiefe Verderbnis ausbreitete, mit ihrer frevlen Gottlosigkeit die Schöpfung schändend, an stilleren Orten die Menschen der bescheideneren Börsen und weniger verfetteten Herzen Erholung suchte, die Scharen der Wanderer aber sich über Täler und Höhen ergossen, ging dem Auge der meisten verborgen das Spiel jener dämonischen Kräfte fort, aus denen Völkerkrieg und Bürgerkrieg entstehen und schlugen da und dort einzelne Flammen hervor, welche den neuen und schlimmern Weltbrand verkündigen, der trotz allen Löschvorkehrungen mit der Sicherheit der Naturgesetze kommen wird, wenn die Welt nicht auf ihrem heutigen Wege umkehrt. (Vgl. Matth. 24, 37—39.)

#### 1. Weltpolitisches.

Die Welt ist allerdings nun voll von dem nach allen Hässlichkeiten dieses Jahrmarktes der Diplomaten am Ende erzwungenen „Gelingen“ der Haager Konferenz. Aber ich fürchte, es sei mit diesem Gelingen nicht weit her. Man hat zuletzt über einen wüsten Kampfplatz einige künstliche Blumen gestreut, aber die bösen Geister, die sich auf ihm getummelt, werden sich wohl wirksamer erweisen, als der rhetorische und journalistische Parfum dieser Blumen. Offen gestanden wäre dem Schreibenden ein sichtbares Scheitern der Konferenz fast lieber gewesen, als dieser äussere Erfolg bei innerem Fiasko. Durch ein solches Scheitern wären vielleicht bessere Geister geweckt worden, es hätte vielleicht die Gewissen gemahnt, während nun dieser doch nur erzwungene Erfolg bloss einen Vulkan von Misstrauen und Erbitterung verdeckt.

Dass es so gekommen, ist leider das schlimme Verdienst des „Sozialismus“, d. h. der englischen Arbeiterregierung. Prompt, allzu prompt ist dieses Versagen eingetreten und genau an dem Punkt, wo wir es am meisten gefürchtet haben. Sozialisten von verschiedener Färbung haben das Verhalten eines S n o w d e n zu verteidigen versucht. Es sei damit eine wirkliche sozialistische Politik auf den Plan getreten, die sich um die der Konservativen nicht kümmere, Snowdens Haltung habe bloss den französischen Rüstungen und dem Faschismus gegolten. Nun wissen meine Leser, dass es mir an Sympathie für die Arbeiterregierung wahrhaftig nicht fehlt, und ich füge hinzu, dass ich von früher her auch solche für Snowden hegte. Aber die Argumente, die sein Verhalten verteidigen, fast hätte ich gesagt: beschönigen wollen, scheinen mir völlig haltlos und künstlich zurechtgemacht. Sozialistische Politik? Es nimmt mich

wirklich wunder, mit welchem Mikro- oder Makroskop man im Haag solche entdeckt hat. Was man sehen (und hören) konnte, war eine kleinliche, hochmütige und brutale Betonung und Verfechtung des englischen Eigeninteresses. Sollte das Sozialismus sein? Schönen Dank dafür! Dafür hat die Welt nicht auf die Lektion des Sozialismus warten müssen. In England selbst feiert man Snowden auch noch dafür, dass er das englische Prestige wiederhergestellt habe. Auch dieses Verdienst will mir nicht gerade besonders sozialistisch vorkommen; ich meine, ich hätte davon auch bisher schon gehört. Zwar hätte ich volles Verständnis dafür gehabt, wenn die Arbeiterregierung versucht hätte, bei diesem Anlass für das furchtbare Problem der englischen Arbeitslosigkeit Lösungen vorzubereiten, aber dafür hätte es wahrhaftig sozialistischere Methoden gegeben, als dieses miserable Feilschen um einige Millionen (die zum Teil viel ärmeren Völkern abgezwickelt werden sollen) und einige andere Bestimmungen des Owen Young-Planes. Und was den Kampf gegen den französischen Militarismus und den italienischen Faschismus betrifft, so ist das gewiss eine wohlwollende Fiktion, womit man Snowden Gedanken unterlegt, die er in diesem Zusammenhang schwerlich gehabt hat, sonst aber wäre zu bemerken, dass es dazu für eine englische Arbeiterregierung wahrhaftig andere und bessere Methoden gäbe, als die von Snowden angewendeten und dass er mit diesen den Faschismus nur gestärkt hat (da sie einen sofortigen neuen Zusammenschluss zwischen Frankreich und Italien bewirkten), während der Kampf gegen den französischen Militarismus, in dieser Form von einem Engländer geführt, umso sinnloser wäre, als es ja England war und nicht Frankreich, das seinerzeit das von Herriot in Verbindung mit MacDonald zustande gebrachte Genfer Protokoll zunichte machte. Ich kann endlich auch nicht glauben, dass ein so protziger und grober Stil, wie ihn Snowden angewendet, gerade besonders sozialistisch, und wenn dies, für die Zukunft besonders verheissungsvoll sei. Es wird von sozialistischer Seite zur Verteidigung dieses Stils behauptet, Snowden habe sich damit gegen das „Zuleichtgenommenwerden durch das Diplomatenpack“ schützen müssen, aber dieses Argument ist so haltlos wie alle andern. Ein englischer Minister braucht vorläufig für das Ernstgenommenwerden nicht zu sorgen, und wer bloss durch solche Mittel dazu gelangen könnte, stellte sich ein übles Armutszeugnis aus.<sup>1)</sup>

Nein, was dieser Vertreter einer Arbeiterregierung bewirkt hat, ist statt einer Reinigung und Beruhigung der internationalen Atmosphäre eine tiefe Verstimmung, ja Verbitterung, ein neues allseitiges Misstrauen. Und glaubt denn dieser merkwürdige sozialistische Weltpolitiker, dass die Völker, die er nun in ihren Vertretern demütigen durfte, sich das so leicht gefallen liessen? Es so leicht vergessen?

Die Motive dieses Verhaltens sind gewiss ebenso geringwertig wie das Verhalten selbst.

Allzu nahe liegt freilich die psychologische Erklärung, dass ein von der Natur wenigstens leiblich verkürzter Mann nun die Gelegenheit benützt habe, als Träger der Machtfülle eines Weltreiches möglichst viele andere zu demütigen und damit sein Minderwertigkeitsbewusstsein, das übrigens ganz unberechtigt wäre, zu sättigen. Wenn diese Vermutung zuträfe, so schaute wieder wenig Sozialismus heraus. Wahrscheinlicher erscheint mir, dass jenes während des Krieges und nachher angesammelte Ressentiment gegen Frankreich, von dem ich letztes Mal geredet, nun explodiert sei. Aber ein Staatsmann, der sich von solchen Subjektivismen leiten lässt, ist keiner, am wenigsten ist er ein Sozia-

---

<sup>1)</sup> Wenn im übrigen eine sozialistische Korrespondenz meint, sozialistische Politiker könnten von Snowden die Anwendung des Wortes lernen: „Eure Rede sei Ja Ja, Nein Nein“, so wollen wir gerne hoffen, dass sie damit Gehör finde.

list. Es kam jetzt darauf an, mit dem demokratischen und sozialistischen Frankreich, das wieder ans Ruder kommen wird, neu anzuknüpfen und seinen Sieg zu unterstützen, nicht persönliches Ressentiment zu befriedigen. Nun ist das Gegenteil erreicht, der Revanche der Exzellenz Philipp Snowden zu Ehren. Diese französische Linke wird es nun schwer haben.

Erreicht ist also zweierlei: Eine neue tiefe Verstörung Europas und eine starke Verminderung des moralischen Kredites der Arbeiterregierung, der doch zum edelsten Kapital dieser Zeiten gehörte. Auch über das Zweite muss man sich ganz klar sein. Das Schauspiel, das sie im Haag geboten hat, mag einige ganze oder halbe „Marxisten“ befriedigt haben, für Menschen, die Snowdensche Methoden weder im öffentlichen noch im Privatleben für wertvoll halten, hatte es wenig Anziehungskraft. Wenn nun MacDonald in Genf Abrüstung predigt, so mag er Theaterbeifall finden, aber seine Stimme hat von ferne nicht mehr die Ueberzeugungskraft von ehemals. Nicht nur die abgebrühten Diplomaten, die in Genf sitzen, sondern auch viele Andere, nicht von vornherein Verhärtete, werden in ihrem Herzen sagen: „So wie ihr's im Haag getrieben habt, so können wir's auch — ohne Sozialismus!“<sup>1)</sup>

Haag ist in meinen Augen eine böse moralische Niederlage derjenigen Macht, von der man, menschlich betrachtet, am ehesten allerlei Gutes für die Welt erwarten darf. Dies den Labour-Leuten mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu sagen (wobei man vielleicht sogar ein wenig den Snowdenschen Stil nachahmen dürfte), wäre für diese und den Sozialismus wie für die Welt überhaupt sehr viel wertvoller als alle künstlichen Reinwaschungen.<sup>2)</sup>

Ob diesem grossen Defizit der Konferenz kann man sich über einen wirklichen Erfolg derselben, die nun endlich beschlossene Räumung der Rheinlande, nur halb freuen. Denn wenn diese nun doch nicht die Frucht einer Umstimmung, sondern bloss eines Zwanges auf der einen und eines befriedigten Ressentiments auf der andern Seite ist, so bedeutet sie keinen ganzen Gewinn, sondern mehr eine Umstellung der Kräfte, und vielleicht sogar auch Schaden, insofern als sie neuen Bündnissen und Machinationen ruft, wovon die Annäherung zwischen Italien und Frankreich nur ein Beispiel ist. Jedenfalls hätte die Räumung sich auch auf andere, bessere Weise herbeiführen lassen.

Während der Sozialismus im Westen bei diesem Anlass wahrhaftig wenig moralische Werbekraft entfaltete, hat er im Osten auch keine erhebende Rolle gespielt. Ich glaube zwar, dass im Streit zwischen Russland und China, was den nächsten Anlass, den Kampf um die ostchinesische Eisenbahn betrifft, Russland das grössere Recht für sich hat — während freilich, wenn man weiter zurückgeht, die Schuld zum grössten Teil auf den russischen Imperialismus und auch auf den Bolschewismus fällt, insofern dieser in China wahrhaftig keine selbstlose Rolle gespielt hat — aber dies Säbelgerassel, diese Aufpeitschung ganz gewöhnlicher patriotischer und imperialistischer Gefühle mit den gewöhnlichen Mitteln in Russland, hat den Kredit des sozialistischen Antimilitarismus und der sowjetrussischen Abrüstungspolitik wahrhaftig auch nicht vermehrt.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Das hat sich inzwischen bestätigt. Nicht MacDonald, sondern Briand hat das Ohr der Welt.

<sup>2)</sup> Dieses Urteil wird auch von englischen Sozialisten geteilt, z. B. von so hervorragenden Führern wie Brailsford und Fenner Brockway, aber auch von Männern wie Vandervelde und Leon Blum.

<sup>3)</sup> Es ist aber wohl zu beachten, dass dieses Verhalten doch nur eine Art Heuchelei ist. Denn Russland empfindet vor allem eine tiefe Furcht vor einem „imperialistischen Angriff“ Europas. Von diesem Gedanken ist es ganz hypnotisiert. Das hat uns neuerdings ein so unbefangener Zeuge wie unser Freund, der Amerikaner Nevin Sayre berichtet, der soeben aus Russland



Wenn wir also auf dieser Linie das starke Versagen menschlicher Kräfte feststellen müssen und wir uns auf Grund davon nicht erlauben dürfen, die weltpolitische Lage in allzu hellem Lichte zu sehen — es sei denn im Lichte von Feuersbrünsten und von allerlei Wetterleuchten — so ist damit nicht gesagt, dass in und neben diesen Entwicklungen nicht auch Erfreuliches zu sehen sei. Wie die Annahme des Owen Young-Planes mit den von mir stets geltend gemachten Vorbehalten als erfreulich zu bezeichnen ist, und selbstverständlich, trotz allem, in noch höherem Masse die Räumung der Rheinlande, so gewiss auch die Tatsache, dass es nun zwischen Russland und China doch nicht zum Kriege gekommen ist, während dies früher unter solchen Umständen selbstverständlich gewesen wäre. Zu diesem Ergebnis mögen allerlei „realpolitische“ Erwägungen mitgewirkt haben, vor allem die innere Schwäche der beiden grossen Reiche, aber es hat sich doch auch gezeigt, dass der Ausbruch eines grossen Krieges heute sehr erschwert ist, dass starke Kräfte ihm entgegenwirken. Auch hat es seine Bedeutung, dass beide Parteien sich auf den Kelloggspakt beriefen, wie denn auch wohl ganz sicher Amerika einer der Hauptfaktoren der Verhinderung des Krieges gewesen ist. Pax Americana!

Da wir gerade bei der Wirkung der internationalen Friedensorganisationen sind, so sei schon hier etwas erwähnt, das sich, verglichen mit diesen Geschehnissen, sehr klein ausnimmt, das aber doch eine grosse prinzipielle Bedeutung besitzt: ich meine das Urteil des Haager Schiedsgerichtes in Sachen des zwischen Frankreich und der Schweiz schwebenden Streites um die Zonen. Für die nichtschweizerischen Leser sei bemerkt, dass es sich um eine Bestimmung des Wiener Vertrages von 1815 handelt, nach welcher zwischen Genf und einigen savoischen Landstrichen am Genfersee ein freieres Regime des Güteraustausches herrschen sollte, wodurch die Versorgung Genfs mit Lebensmitteln erleichtert würde. Bei den Verhandlungen, welche den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund begleiteten, hatte die Schweiz in eine Aufhebung des Vorrechtes gewilligt, aber mit dem Vorbehalt einer gütlichen Verständigung zwischen den beiden Staaten. Diesen Vorbehalt in seinem Machtrausch missachtend, hatte Frankreich hart an der Grenze Zollhäuser errichtet und damit nicht nur einen Beweis krasser Undankbarkeit gegen die Stadt gegeben, der es so viel verdankt und die während des Krieges so treu und wirksam zu ihm gestanden, sondern auch gezeigt, dass ihm unter Umständen trotz jenem Kampf pour le droit et la justice Gewalt vor Recht gehe. (Es wird natürlich, wie in solchen Fällen ja immer, nur von den Regierungen gesprochen.) Die Schweiz hat darauf an den Völkerbund appelliert und Frankreich musste wohl oder übel einwilligen, dass die Sache vor das Haager Schiedsgericht kam. Dieses hat nun, nach Anhörung beider Teile und langer, sorgfältiger Beratung mit neun gegen drei Stimmen zu Gunsten der Schweiz entschieden. Die Wichtigkeit dieses Entscheides liegt nicht in der Materie selbst — in dieser Beziehung ist die Sache bei uns vor allem durch diejenigen Kreise, deren „schweizerische Politik“ in der Verhetzung unseres Volkes gegen Frankreich und Indienstnahme der Schweiz für alldeutsche Ziele besteht, gewaltig aufgebauscht worden — sondern in dem Prinzip, das in dem Urteil zum Ausdruck kommt. Es hat damit auf sehr bedeutsame Weise das Recht über die Gewalt gesiegt und der Kleine gegen den Grossen recht bekommen. Und nun stelle man sich einmal vor, wir hätten gegen Frankreich unser Recht mit dem Schwerte vertreten wollen! Kann es einen eindringlicheren Anschauungsunterricht für die Wahrheit geben, dass das Schwert uns gerade im sogenannten Ernstfalle nichts hilft, wohl zurückgekehrt ist. Statt also immer mit der moskowitzischen Gefahr zu drohen, wäre richtiger, Russland durch ein grossartiges Entgegenkommen, wie es Wilson plante und übte, von seiner Angsthypnose zu befreien — falls einem daran wirklich gelegen ist!

aber das Recht, dass es daher gilt, die Macht des Rechtes dadurch zu stärken, dass wir ihm vertrauen und darum das Schwert, das rostige, ohnmächtige, nur Fluch eintragende, zerbrechen?<sup>1)</sup>

Darum hat diese Sache quantitativ keine, qualitativ eine grosse Wichtigkeit, und dies nicht nur für die Schweiz, sondern für alle Welt. „Und ein Richter ist wieder auf Erden.“

Weiterhin ist es eine gute Sache, dass die englische Arbeiterregierung in Egypten eine neue Politik betreibt. Sie hat den egyptischen Oberkommissär, Lord Loyd, einen besonders hartköpfigen Träger der Politik der Gewalt, durch einen andern ersetzt. Sie hat auch mit Egypten einen neuen Vertrag geschlossen, der unter anderem eine Aufhebung der militärischen Besetzung des Landes vorsieht in dem Sinne, dass sie sich künftig bloss noch auf eine bestimmte Zone am Suezkanal beschränken wird, und der auch den Eintritt Egyptens in den Völkerbund stipuliert. Also ein Schritt weiter zum British Commonwealth of Nations. Auf diesem Gebiete wird die Arbeiter-Regierung vielleicht ihre weltgeschichtlich wichtigste Aufgabe zu lösen haben. Und dies namentlich in Indien. Dort ist die letzte Viertelstunde. Bringt die Arbeiter-Regierung nicht den Mut auf, Indien die Selbstregierung (self-government, Dominion status) anzubieten, auf die Gefahr hin, darüber zu stürzen, so kann es zu schlimmen Dingen kommen.

Nur eine Andeutung, was dann zu erwarten stünde, wären die Ereignisse in Palästina. Ueber sie wird an einer andern Stelle geredet. Hier sei nur bemerkt, dass diese Ereignisse selbstverständlich, sei's mit Recht, sei's, wie ich meinen möchte, mit Unrecht, aufs Debet der Arbeiter-Regierung geschrieben werden. Ein Weltreich zu regieren ist halt kein Spass!

Der Kommunismus wartet begierig darauf, dass auch Labour den falschen Weg einschlage. Denn er hofft von den unterdrückten Völkern her immer noch auf den Anstoss zur endgültigen Weltrevolution. Ein Organ für diese Hoffnung ist die „Liga gegen den Imperialismus“, die vorwiegend unter kommunistischem Einfluss steht. Sie hat vor kurzem in Frankfurt ihren zweiten Kongress abgehalten, nachdem der erste, grosses Aufsehen erregende bekanntlich vor zwei Jahren in Brüssel stattgefunden hat. Zwei Strömungen hoben sich scheinbar an dieser zweiten Versammlung noch deutlicher als vorher voneinander ab: die soeben gekennzeichnete vulgärkommunistische und eine nichtkommunistische, aber ebenfalls radikale, vertreten durch Maxton von der englischen Opposition in der Labour Party und durch Frau Dr. Helene Stöcker und Bartholome de Light. Es scheint auch, dass die Erstern rasch zur Alleinherrschaft gelangen und dass namentlich die unterdrückten Völker vorläufig noch immer fast nur im Kommunismus ihr Heil und in Moskau ihr Mekka erblicken. Desto wichtiger wäre, dass ihnen auch von nichtkommunistischer Seite ehrlich und tapfer die Hand entgegengestreckt würde. Und desto entscheidender wird das Verhalten der Arbeiter-Regierung. Leider scheint sie in ihren Verhandlungen mit Russland bisher wenig Weitblick und Grossartigkeit bewiesen zu haben, dies besonders insofern, als sie die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Russland, die

---

<sup>1)</sup> Das scheinen unsere Militaristen zu spüren und schweigen darum dieses Ereignis tot oder verkleinern es. Rusch erzählt in seinen „Republikanischen Blättern“, er habe in einem Hotel ein Gespräch zwischen Intellektuellen belauscht, in welchem einer sein Bedauern über diese Wendung ausdrückte, weil damit Wasser auf die Mühle der Pazifisten geleitet werde. So sind diese Leute. Wenn wir die Abrüstung fordern, so erklären sie, zuerst müsse eine sichere Rechtsordnung vorhanden sein, wenn diese aber ihr Vorhandensein beweist, so sind sie betrübt und verraten damit ihr Herz: dass es ihnen um jeden Preis darauf ankommt, das Militär zu behalten und alles andere nur Ausrede ist.

doch selbstverständlich hätte sein sollen, von der Bezahlung der englischen Schulden abhängig machte. So scheint auf der kommunistischen Seite der Hass gegen die Arbeiter-Regierung stärker zu sein, als der gegen die konservative. Freuen wir uns wenigstens, dass in der Labour Party ein Mann wie Fenner Brockway steht und bedeutenden Einfluss hat. In Indien aufgewachsen, versteht er seine Verhältnisse und Bedürfnisse von Grund aus und er kämpft mit englischer Entschlossenheit für sein Recht.

Wir sind mit diesem Kapitel schon von selbst auf das Feld des sozialen Krieges gelangt. In dieser Beziehung sind die Vorgänge in Oesterreich während der Berichtsperiode stark in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Zu St. Lorenzen in der Steiermark ist es am Sonntag, den 18. August, zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen einer sozialdemokratischen Volksversammlung und der sie überfallenden „Heimwehr“ gekommen. Die ohnehin schon grosse Spannung zwischen den beiden Lagern, den Sozialdemokraten auf der einen und der immer mehr faschistisch werdenden Heimwehr auf der andern Seite, ist damit bis zu dem Punkte gesteigert worden, wo jeden Augenblick die Flamme des offenen Bürgerkrieges ausbrechen kann. Wenn dies geschähe, so könnten die Folgen sehr weittragend sein. Ein Sieg des österreichischen Faschismus würde leicht auf andere Länder, auch auf Deutschland wirken, eine Intervention der Nachbarstaaten würde wahrscheinlich und der Weltbrand wäre da. Ganz besonders tragisch wird die Lage dadurch, dass die katholische Landgeistlichkeit in ihrer grossen Mehrheit mit den Heimwehren geht, in der Hoffnung, durch sie die „gottlose“ und „jüdische“ Sozialdemokratie zertrümmern zu können.

Wir reden von diesen österreichischen Dingen noch an andern Stellen. Möge es einem Aufgebot aller guten Geister gelingen, den Dämonen, die auf den Trümmern der alten Habsburgerherrschaft sich tummeln, ihr Spiel zu verderben und wenn möglich sogar „Gutes aus dem Uebel“ zu schaffen.

Der Kampf zwischen Faschismus und Demokratie steht auch sonst fast überall auf der Tagesordnung. In Deutschland haben die Nationalsozialisten Hitlers einen Aufschwung genommen. Blutige Auftritte bei Anlass ihrer Tagung in Nürnberg haben ihren Geist kund getan und neuerdings werden wiederholte Attentate gegen Amtsgebäude und Aehnliches ihnen zur Last gelegt.<sup>1)</sup> Hugenberg hat vor dem Denkmal des Arminius im Teutoburgerwald gegen Deutschlands „Versklavung“ durch den Owen Young-Plan demonstriert. Dem gegenüber haben Sozialdemokraten wie Grescynsky erklärt, wenn Diktatur sein solle, dann die der Arbeiterschaft, und es käme ihr dann nicht darauf an, ihre Gegner an die Laterne zu hängen. Das klingt nicht gerade demokratisch-pazifistisch! Die wohl regissierte Zehnjahresfeier der deutschen Republik konnte über diese Dinge nicht völlig trösten.

Doch auch über die deutsche Lage ist schon anderwärts geredet. Fügen wir hinzu, dass in Frankreich Poincaré aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten musste und eine Wendung nach links prophezeit wird.

## 2. Militarismus und Antimilitarismus.

Da der Kampf zwischen Kriegsgefahr und Friedensbemühungen ohnehin das Bild der Weltlage so stark bestimmt, ist es nicht leicht, den zwischen Militarismus und Antimilitarismus auszuscheiden, doch gibt es immerhin einige Geschehnisse, die unter diese Rubrik besonders eingereiht werden müssen. Verzeichnen wir denn zuerst die Tatsache, dass am 27. August der Kelloggpaakt endgültig in Kraft getreten ist. Möge er wirklich und tatsächlich in Kraft treten und nicht bloss Schein bedeuten! Vieles lässt darauf hoffen. Dann, wenn das geschehen ist, mag der Vorschlag, jenen Tag seines Inkrafttretens zu einem internationalen Feiertag zu machen, ernsthaft werden. —

<sup>1)</sup> Das hat sich inzwischen als Irrtum erwiesen. 14. IX.



Eine Folge der Annäherung zwischen England und den Vereinigten Staaten ist die Einstellung von schon beschlossenen Kreuzerbauten, sowohl in England als in Amerika. Wenn nur die Admiräle nicht doch noch die Oberhand behalten! — Die sogenannte demokratische Friedensbewegung, deren Führer Marc Sangnier ist, hat in den Wochen vom 6. August bis zum 4. September einen grossen Friedenskreuzzug veranstaltet, der einen Teil der deutschen Jugend nach Frankreich führte, wo sie begeistert empfangen wurde. Ob bei solchen etwas theatralisch-sentimentalen Demonstrationen viel für den Frieden herauskommt, ist mir doch etwas zweifelhaft. Unvergleichlich bedeutungsvoller, ernster, wirksamer ist jedenfalls die Dienstverweigerung. Ich verzeichne für die Schweiz den eigenartigen Fall von Raymond Bertholet, Elektriker in Genf. Er weigerte sich, in die Sanitätsrekrutenschule zu gehen und bekam dafür am 25. Juli vor dem Divisionsgericht I in Lausanne zwei Monate Gefängnis mit zwei Jahren Entzug des Aktivbürgerrechtes. Das Urteil nahm er lachend mit einem „Merci beaucoup“ entgegen. Seine Mutter aber, die als Zeugin auftrat, erklärte: „Ich bin froh über die Tat meines Sohnes. Sein Verbrechen ist die grösste Genugtuung, die er mir, seiner Mutter, hat gewähren können. Ich habe ihn auf diese „schiefe Bahn“ gewiesen. Ich habe meinen Sohn erzogen in Liebe und im Vertrauen auf Gott. Und hoffte... Heute hat sich mein Hoffen erfüllt. Mich solltet ihr daher verurteilen, ihr Herren Richter, mich, nicht meinen Sohn. Ich bin die Schuldige, ich, seine Mutter!“ Das ist ein „Neues Lied!“

Zum Schlusse dieses Kapitels noch etwas Lustiges. Der zu zweitausend Mann in Solothurn versammelte schweizerische Unteroffiziersverein hat die Resolution gefasst, die man weiter hinten lesen wird.

Ein Kommentar könnte die erheiternde Wirkung dieses Dokumentes nur stören. Bloss das Eine muss erwähnt werden, besonders für nichtschweizerische Leser, dass die Zitierung des Schultheissen Nikolaus Wengi ein arger Lapsus ist. Es verhält sich mit diesem nämlich so: Als im Jahre 1535 die Erregung des Kampfes zwischen Katholiken und Reformierten in der Stadt Solothurn sehr gross geworden war und die Katholiken schon gegen die im Rathaus versammelten Reformierten Kanonen aufgefahren hatten, da stellte sich Nikolaus Wengi, der Bürgermeister, vor eine der Kanonen, deren Luntenschon angezündet waren und rief: „Soll Bürgerblut fliessen, so fliesse meines zuerst“ und verhinderte damit den Ausbruch des Bürgerkrieges. Ausgerechnet einen solchen typischen Mann des Friedens zitieren die Unteroffiziere für ihre Sache! Nun, man darf von solchen Patrioten ja keine Kenntnis der Schweizergeschichte erwarten — der Patriotismus, mit etwas Alkohol begossen, tuts!

### 3. Schweizerisches.

Auch das, was wir diesmal aus der Schweiz zu berichten haben, steht vorwiegend unter dem Zeichen dieses Kampfes. Da ist vor allem das Schützenfest in Bellinzona. Es stand, als wir die letzte Monatsschau schrieben, auf seinem Gipfel, ist aber jetzt schon halb vergessen. Wie sein Vorgänger war es ein grosser Spektakel, für den Durchschnitts-Helvetier ein Anlass zu einer Sommerfahrt nach dem Tessin mit einigen Tagen patriotischen Müssiggangs und reichlichem Genuss des „Nostrano“ (des Tessiner Landweins) im besten Fall zum Gewinn einer Ehrengabe, für einige Politiker, Regierungsräte, Nationalräte und Bundesräte (die meistens auch Obersten sind) eine Gelegenheit, vor einer angesäuselten Menge dumme Reden zu halten und in alkoholisiertem Schiess-Patriotismus zu machen. Diese Möglichkeiten wurden denn auch von Volk und Oberen reichlich ausgenützt. Amüsant aber wurde eine geistliche Episode. Es wurden zur Weihe des Ganzen natürlich auch zwei sogenannte Gottesdienste veranstaltet, ein katholischer und ein protestantischer. Sie sollten dem ganzen Mars- und Bachusfest noch ein wenig „religiöse Weihe“ geben. Aber siehe da, während zum katholischen



Kultus eine grosse Menge strömte, fand sich zum protestantischen ausser einer bestellten Musik nur — der Pfarrer und ein Kollege ein, sodass der Pfarrer es vorzog, seine Predigt ungehalten zu lassen. Darob grosse Bestürzung sowohl bei den patriotisch-religiösen Schützen und Stammtisch-Brüdern, als bei jenen zahlreichen Theologen, die, weil sie ein paar reaktionäre alte Weiber (ich denke dabei an solche männlichen Geschlechtes!), die Angst vor dem Umsturz haben, auf Seiten ihrer besonderen neuen Kirchlichkeit wissen, sich einbilden, schon die Welt an ihren langen Rockschössen zu haben. Man verfiel auf die Erklärung, dieses Fernbleiben sei ein Protest gegen die antimilitaristischen Pfarrer gewesen und unsere schiessgewehr- und säbelfreudigen schweizerischen Katholiken, die Cäsar so viel höher ehren als Christus und auf die päpstlichen Friedenszyklen pfeifen (sich darin so stark von ihren Glaubensgenossen in andern Ländern unterscheidend<sup>1)</sup>) zeigen mit Stolz

<sup>1)</sup> Ich verweise dafür auf die von der Internationale der Kriegsdienstgegner herausgegebene Flugschrift „Katholische Stimmen gegen den Krieg“. Sie enthält Beiträge von Jesuitenpater Rostworowsky, Polen, Don Luigi Sturzo (dem Führer der „Popolari“, jetzt als Flüchtling in London), Abbé Henri Demulier, Frankreich, Professor der Theologie Dr. Franz Keller, Deutschland, Pater Franziskus Straatmann O. P., Deutschland, Professor der Theologie Dr. Johannes Uhde, Oesterreich, dazu ein Vor- und Nachwort von Martha Steinitz. Die Schrift sollte in die Hand eines jeden Antimilitaristen, der mit Katholiken zu tun hat. (Sie ist bei der „Zentralstelle für Friedensarbeit“, Gartenhofstrasse 7, Zürich 4, zu haben.)

Wer den ganzen Radikalismus kennen lernen will, den man in der katholischen Friedensbewegung antreffen kann, der lese zum Beispiel auch das August/Septemberheft (Friedensheft 1929) der Zeitschrift „Vom frohen Leben“, das in Würzburg (Werkbundverlag) erscheint. Eine solche Entschiedenheit der Gewissensforderung, eine solche tapfere Wahrhaftigkeit in der Behandlung der Kriegsschuldfrage und eine solche Kühnheit im Aufruf zur Dienstverweigerung wird man im Protestantismus umsonst suchen — etwa wegen seiner grösseren Tiefe? Damit vergleiche man dann folgende protestantischen Aeusserungen: Im „Journal Religieux de la Suisse Romande“ schreibt einer (jedenfalls ein Pfarrer) und die „Semaine Religieuse“ druckt es zustimmend ab: „Es ist gewiss richtig, dass in der deutschen Schweiz einige Pfarrer unter dem Einfluss von Professor Ragaz ihre antimilitaristischen Ueberzeugungen auf der Kanzel zum Ausdruck gebracht haben, aber in seiner ungeheuren Mehrheit anerkennt der protestantische Klerus, wenn er auch von Herzen alles unterstützt, was die Völker einander näher bringen und den Krieg beseitigen will [?], doch beim gegenwärtigen Stand der Dinge, [besonders beim gegenwärtigen Stand des Pfarrer-Christentums! d. Red.] die Notwendigkeit der Landesverteidigung. Unseres Wissens ist bisher noch kein Pfarrer und kein Theologiestudent wegen Verweigerung des Militärdienstes oder der Militärsteuer vor den Kriegsgerichten erschienen.“ Nein, die „Diener Christi“ haben es den Laien, meistens einfachen Arbeitern überlassen, Christus gegen den Moloch und Satan zu vertreten. Sie beschränken sich darauf, die Geschichte von den alten christlichen Märtyrern in der Kinderlehre erbaulich zu erzählen. Das geht ja entschieden auch leichter. Dieser wundersame Vertreter der Sache Christi fährt dann fort: „Eine Anzahl Pfarrer, denen es ein Leichtes gewesen wäre, sich davon zu befreien, tun als einfache Soldaten oder als Offiziere Dienst, und was die Theologiestudenten betrifft, befindet sich oft ein so grosser Teil von ihnen unter den Fahnen, dass der Betrieb der Fakultäten darunter leidet.“ Schade, dass diese „Prediger des Evangeliums“ nicht gerade unter den Fahnen bleiben und Instruktionsoffiziere werden, Christus wäre damit besser gedient. (Vgl. „Semaine Religieuse“, Nr. 33.)

Ungefähr auf der gleichen Höhe des Protestantismus steht ein Einsender

auf die katholischen Priester, die mit dem Gewehr über der Sutane in den Schiesstand gegangen seien. Lassen wir ihnen diese Ehre und freuen wir uns darüber, falls die protestantischen Schützen nicht bloss aus Gleichgültigkeit (was wohl bei der Mehrzahl der Fall gewesen ist), sondern vielleicht auch ein wenig aus „Angst vor Christus“ nicht zu diesem geplanten Mars-Christus-Kultus gegangen sind.

Wenn im übrigen dieses Schützenfest eine Demonstration gegen den Faschismus und für die Unabhängigkeit und schweizerische Art des Tessin sein sollte, so war sie oberflächlich und kindisch, wie vieles, was dieser heutige Schweizer anstellt. Nicht nur lässt sich Mussolini durch unsere Flinten wenig imponieren (können doch die wichtigsten Schweizerstädte samt den Gotthardfestungen durch die italienischen Kanonen, um von den Luftgeschwadern ganz zu schweigen, zerstört werden, ohne dass ein Schweizergewehr zum Schiessen käme), den Tessin aber würde man wirksamer mit der Schweiz verbinden, wenn man seiner ökonomischen Notlage ernstlicher abhülfe und vielleicht ihm auch noch eine Universität ermöglichte.

Ueberhaupt ist von dem Eifer, mit dem die vom Faschismus verursachten Vorgänge im Tessin bei uns verfolgt werden, zu sagen: trop de zèle! Gewiss, es geht dort allerlei Arges. Arg ist die Verhaftung des Eisenbahnarbeiters Peretti, der so unvorsichtig war, sich nach Italien zu wagen und der nun in einem italienischen Kerker sitzt, ohne dass man auch nur genauer wüsste, warum, offenbar bloss, weil er dem Faschismus verhasst geworden ist. Aber wenn man bedenkt, wie das gleiche Schweizervolk staarblind ist für die geistige und wirtschaftliche Eroberung, die von a n d e r e r Seite her es durchdringt, dann muss man sich über diesen Mangel an Instinkt wundern, der dort lärmt, wo die Gefahr mehr scheinbar, und dort schweigt, wo sie sehr wirklich ist. Und ganz unrecht hat Francesco Chiesa, der Dichter und Schuldirektor, nicht, wenn er seine Landsleute vor s c h w e i z e r i s c h e r Kleinlichkeit warnt. Sie ist eine unserer schwersten Gefahren.

Jedenfalls sind die internationalen Munitionsfabriken, zu denen sich neuerdings noch eine in Solothurn gesellt habe, eine noch grössere Bedrohung für die Schweiz als der Faschismus im Tessin! Point d'argent, point de Suisse!

Aber halt doch — wer mag auch von Gefahren reden, denen die Schweiz ausgesetzt wäre, da „wir“ doch im Pistolenmatch in Stockholm Sieger geblieben sind!

#### 4. Soziales.

Das soziale Leben zeigt nicht weniger als das politische das Bild einer weiten vulkanischen Landschaft, aus welcher da und dort Rauch oder auch Flammen hervorbrechen, die unterirdisch schwelende Glut verratend.

Der Kampf zwischen Sozialismus und Faschismus, von dem

---

im „Freien Rätier“: „Sicher ist, dass der Tessiner Bergpfarrer, der mit seinen „Convallereani“ die edle Schiesskunst pflegt, fester im Volke verwurzelt ist [besonders, wenn er mit ihm noch im Wirtshaus sitzt und den Jass macht, was ja als Ideal eines volkstümlichen „Prädikanten“ gilt. D. Red.] als der weltfremde evangelische Pfarrer, der seine Bauern mit pazifistischen und antimilitaristischen Sprüchen füttert [was selbstverständlich keiner tut. D. Red.] und je länger je mehr zur Kirche hinauspredigt [was oft nicht das schlimmste ist].“

Wie weit muss es mit einem Protestantismus gekommen sein, der nur noch protestiert, wenn sich der Protest des Gewissens gegen gottwidrige Mächte erhebt und sich diesen als durchaus brav und harmlos, ja als zuverlässige Stütze empfiehlt. Wahrhaftig, wenn die Kirchen eines solchen Protestantismus leer werden, so ist das für Christus lauter Gewinn.

vorhin geredet wurde, bleibt einer der dauernden Züge, des im übrigen stark wechselnden Bildes. Soziologisch interessant und für ein sozialistisches Empfinden tragisch ist aber die stets wiederkehrende Erfahrung von der zwischen ihm und dem Bolschewismus herrschenden Sympathie. Sie hat sich in der Berichtszeit durch gegenseitige Flieger- und (wenn ich nicht irre) Kriegsflottenbesuche aller Welt lärmend kund getan. Was ist es wohl, das diese Sympathie erklärt? Ist es die gegenseitige Freude am Gewaltglauben und seinen Scheinerfolgen, auch wenn sie, wie in Italien, auf Kosten des andern erungen sind? Ist es überhaupt die nahe Verwandtschaft, die sich gelegentlich als Sympathie äussert?

Der Faschismus in Italien hat in diesen Monaten neben den üblichen Gewalttaten (z. B. dem Fall Roselli, den Fall Peretti haben wir vorhin genannt, es sind natürlich nur einige Beispiele von vielen) einige arge Korruptionsaffären gezeigt. Der faschistische Bürgermeister von Mailand musste wegen unerlaubtem Millionengewinn durch Terrainspekulationen abgesetzt werden und aus Turin werden schwere, durch hervorragende Faschisten begangene Erpressungen gemeldet. Soweit scheint es also mit der berühmten faschistischen Reinigung nicht her zu sein. In Russland zeigt die analoge Affaire von Astrachan mit andern ähnlichen Fällen dasselbe Bild. Tyrannei und Korruption gehören immer zusammen. Ueber die italienische Wirtschaftslage wird sehr Bedenkliches berichtet. Das verhindert nicht, dass Mussolini 200 Millionen Liren nur für Spionage zur Verfügung hat.

Bei uns in der Schweiz haben am 1. August der Bundesrat und einige Kantonsregierungen, diese durch das ganz unnötige Verbot von kommunistischen Versammlungen, wieder selber in Kommunismus gemacht. Dass dahinter eine recht raffinierte Taktik steckt, bleibt meine Ueberzeugung. Wo man die Kommunisten ruhig machen liess wie in Zürich, geschah nicht das Geringste. Besonders bedenklich ist die Tatsache, dass dem eidgenössischen Personal die Beteiligung an kommunistischen Versammlungen ausdrücklich verboten wurde. Wie man sich im übrigen zu den Kommunisten stelle, so muss jedenfalls diese politische Bevormundung des eidgenössischen Personals als Verstoss gegen die Bundesverfassung und gegen die bürgerlichen Rechte verurteilt werden. Die Kontrolle der politischen Gesinnung der Angestellten, gelegentlich mit Massregelung verbunden, scheint auch sonst immer mehr zuzunehmen. Dagegen wird in Bälde eine sehr scharfe Aktion notwendig sein, sonst entsteht daraus eine unerträgliche Tyrannei und Korruption, und Kommunisten kann man damit natürlich auch züchten.

Korruption und Kommunistenzüchtung muss man es wohl auch nennen, wenn in Deutschland der Sohn von Hugo Stinnes, der an ganz üblen, mit der Inflation, vielmehr der Aufwertung zusammenhängenden Spekulationen beteiligt war, die den Staat um Millionen bestehlen sollten, freigesprochen und die Schuld einigen Angestellten zugeschoben wurde. Es ist die alte, immer wahrer werdende Geschichte von den kleinen und den grossen Dieben.

Von Arbeitskämpfen ist vor allem das Ereignis von Lupeni in Rumänien zu melden. Bei einem Streik von Bergleuten, die jammervoll bezahlt und behandelt werden (jenes ganze grosse Land ist trotz der neuen Regierung von Korruption angefüllt bis zum Rande) wurden sechzig von diesen erschossen und natürlich entsprechend viele verletzt. Auch bei diesem Anlass soll ein gewisses Zusammenwirken faschistischer und kommunistischer Elemente stattgefunden haben.

Die grosse Aussperrung von Textilarbeitern in Lancashire ist durch eine Vereinbarung, die nur teilweise für die Arbeiter günstig lautet, aufgehoben worden. Ein Streik in der Konfektionsindustrie von neun Städten der Vereinigten Staaten, der gegen 80,000 Arbeiter (wohl vorwiegend weiblichen Geschlechtes) umfasste, hat einen für diese sehr günstigen Abschluss erfahren.



Die Gewerkschaftsbewegung wächst in aller Stille.<sup>1)</sup> Es scheint Aussicht zu bestehen, dass es zu einem Zusammenschluss der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit dem amerikanischen (d. h. nordamerikanischen) Gewerkschaftsbund, der American Federation of Labour (A. F. L.) kommt, die sich bisher, dem übrigen Beispiel der Vereinigten Staaten folgend, abseits hielt. Freilich müsste die Internationale dafür den Preis bezahlen, dass sie ihren Einfluss auf die südamerikanischen Gewerkschaften aufgäbe. Ob dieser Preis nicht zu hoch wäre? Aber ein Zusammenschluss der Internationale mit diesem wichtigen Teil der Arbeiterbewegung ist im übrigen schon aufs höchste zu wünschen.

Die Amsterdamer Internationale hat auch Richtlinien für eine Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften herausgegeben. Sie sind sehr vorsichtig, sehr auf das unmittelbar Erreichbare gerichtet. Vielleicht wäre etwas mehr Kühnheit der Zielsetzung doch besser. Auch für den Kampf mit den Kommunisten, der ja auch auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens tobt. Es gibt ja eine „Rote“, d. h. kommunistische Gewerkschaftsinternationale, die durch „Zellenbildung“ überall in die andere einzudringen versucht. Der Streit hört nie auf. Aber eine zu grosse Behutsamkeit (deren Gegensatz noch nicht Demagogie sein müsste) bringt die Gefahr mit sich, die im guten Sinne radikalen Arbeiter zu den Kommunisten zu treiben. In England freilich scheint diese Gefahr gering. Dort melden sich aufs neue sogenannte wirtschaftsfriedliche Bestrebungen (in Form einer Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Unternehmern), die auch von „radikalen“ Führern warm empfohlen werden.

Fügen wir noch hinzu, dass die Kohlenkrise eines der wirtschaftlichen Hauptprobleme der Zeit, nicht zum wenigsten wegen dem Zusammenhang mit den Reparationen immer mehr in den Vordergrund der Verhandlung tritt.

In der Schweiz zeigt die Wirtschaftspolitik (das Wort ist zu schön für die Sache) des Bundesrates ihre üblen Folgen immer wieder. Er hat neuerdings den Zoll auf Butter und Schweinefett so stark erhöht, dass lebhaft Klagen der Konsumenten laut werden, und handhabt die statistischen Gebühren, die mit der Regelung der „Getreidefrage“ zusammenhängen, so, dass daraus wieder eine Art Verzollung wird. Das Schlimmste an der Sache — weswegen wir sie auch nennen — ist, dass damit der Zwiespalt zwischen Bauer und Arbeiter immer wieder genährt wird. Es ist den in Betracht kommenden Politikern durchaus zuzutrauen, dass diese Absicht dahinter steckt. Darum sollte die Führung der Arbeiterschaft darauf nicht hineinfliegen. Sie muss auch wissen, dass die Not eines Teiles der Landwirtschaft gross ist, wer immer sie verschuldet haben mag. Grosses Entgegenkommen ist geboten und bei der guten, zum Teil glänzenden Lage von Handel und Industrie auch möglich. Nur sollten die Methoden anders werden.

#### 5. Kirchliches und Religiöses.

Um beim Sozialen anzuknüpfen, so bewegt es doch wieder mehr und mehr die Kirchen und das Christentum überhaupt. In Oesterreich haben unsere Freunde, die katholischen religiösen Sozialisten sich an den Wiener Erzbischof Piffl gewendet mit der Bitte, doch dafür zu sorgen, dass die katholische Kirche nicht länger für die Heimwehren Partei ergreife, damit die politische Neutralität der Kirche preisgegeben und den Bürgerkrieg

<sup>1)</sup> Um welche Kräfte es sich dabei handelt, zeigt z. B. die Notiz, dass allein die Einnahmen der deutschen Gewerkschaft im Jahre 1927 182,252,326 Reichsmark betragen. Davon wurden 62,540,817 auf „Unterstützungen“ und 32,540,817 auf „Arbeitskämpfe“ verwendet.



herbeiführen helfe. Wir bringen die Eingabe an anderer Stelle. Es ist jedenfalls ein weiser und wirksamer Schritt, zu dem wir unsern Freunden nur gratulieren können.

Wenig weitsichtig ist das Verhalten des Erzbischofs von Freiburg im Breisgau gegenüber Vitus Heller, dem Führer der deutschen „Christlich-sozialen Reichspartei“, den er wegen angeblichen Verstössen gegen die katholische Lehre in eine Art Bann getan hat. In Wirklichkeit handelt es sich mehr um einen Verstoß gegen die konservative Auffassung von Politik und Ethik, die dieser Kirchenfürst, wie so viele Theologen und Laien aller Konfessionen, mit dem Christentum verwechselt. Vitus Heller (den wir in unserm Aufsatz über Katholizismus und Sozialismus auch zitiert haben) ist eine der eigenartigsten und erfreulichsten Gestalten des heutigen Deutschland. Er vertritt einen proletarischen religiösen Sozialismus auf katholischem Boden. Dazu einen religiösen Antimilitarismus so radikal als möglich. Seine Zeitung „Das neue Volk“ ist eine herzerquickende Lektüre.<sup>1)</sup> Solche Männer retten die Kirche, von deren Priestern sie verurteilt werden.

Das Gleiche gilt — im protestantischen Lager — von einem Mann wie Pfarrer Emil Fuchs in Eisenach, unserem Freund und Mitarbeiter. Dieser goldlautere, tiefe, ebenso versöhnungsbereite als tapfere und entschiedene Mann, einer der Besten, den sie draussen haben, muss sich nicht nur von politischen Gegnern die unflätigsten Beschimpfungen gefallen lassen (ein gewisser Wilhelm Stapel, Herausgeber der Zeitschrift „Deutsches Volkstum“, hat sich neuerdings dadurch ausgezeichnet; er sei hiermit an den Pranger gestellt!), sondern ist immer auch Anfechtungen von seiten der kirchlichen Kreise und Behörden ausgesetzt. Gottlob und Dank übrigens — so schwer das oft für ihn sein muss! Denn was wäre eine solche Sache, wenn sie nicht Anfechtung aller, auch der schlimmsten Art, eintrüge! Matth. 5, 10—12.

Bei uns in der Schweiz hat sich inzwischen in Safenwil eine sehr interessante Wendung vollzogen. Die kirchlichen Separatisten, die sich einem altkatholischen Pfarrer (und freisinnigen Logenbruder!) gegen Pfarrer Ott verschrieben hatten, sind, 130 Köpfe stark, zur altkatholischen Kirche übertreten. Man stelle sich das vor: diese Leute haben bis vor kurzem zum weitaus grössten Teil gewiss keine Ahnung vom Vorhandensein und Wesen einer altkatholischen Kirche, und nun treten sie mit Sack und Pack zu ihr über. Warum? Weil in Safenwil ein Pfarrer predigt, der sich weder vor Mars noch vor Mammon verbeugt. In solchen Fällen behält der Geschichtsmaterialismus recht. Ich bin längst überzeugt, dass ein nicht kleiner Teil unserer Bettags-, Tauf-, Konfirmations-, Trauungs- und Beerdigungschristen nach irgendwelchem „Glauben“ griffe, wenn er ihnen nur Sicherheit vor Sozialismus und Antimilitarismus gewährte. Man wird in dieser Beziehung vielleicht noch allerlei erleben. Dass es aber etwas gibt, das allem „Materialismus“ überlegen ist, beweist doch auch wieder die gleiche Gemeinde Safenwil, die ruhig den Abzug der grossen Geldsäcke erträgt und, wie man vernimmt, mit nur immer grösserer Begeisterung zu ihrem Pfarrer hält. Und dass auch die christkatholische Kirche in ihren besten Gliedern an solchen „Bekehrungen“ wenig Freude hat, beweist der Protest, den man anderwärts liest.

Gegenüber diesen Problemen werden die mehr theoretischen (die an sich ja wichtig genug sind, aber im rechten Zusammenhang) bald wieder sehr an Bedeutung zurücktreten. Die Fälle Knote in Baireut, Busch in Dresden, zweier Pfarrer, die wegen Verstössen gegen die Gottesdienstordnung, d. h. Ablehnung des Apostolicums (im Fall Knote) und gegen das Dogma (im Fall Busch) gemassregelt werden — beides scheinen ausgezeichnete Pfarrer zu sein, Busch war einmal Mitarbeiter der „Neuen Wege“,

<sup>1)</sup> Sie erscheint in Würzburg, Karthause 11a.

Knote kennen wir persönlich — sind unzeitgemäss im schlimmen Sinne. Die Kirche hat jetzt anderes zu tun und nur viel extremere Fälle dieser Art, als sie vorzuliegen scheinen, könnten sie zum Einschreiten veranlassen. Sie gehe einen andern Weg und diese Fälle werden von selbst verschwinden. Matth. 6, 33.

### 5. Kultur und Unkultur.

Man muss in diesen Zeiten zunehmender Entmenschung alle Tatsachen, die eine andere Linie, die der Menschwerdung, innehalten, sorgfältig festhalten. Eine solche ist es, wenn die Frau des Präsidenten Hoover den Mut hatte, die Frau des Negerabgeordneten von Illinois, de Priest, ins Weisse Haus zu einem offiziellen Tee einzuladen. Dreimal bravo! Denn das bedeutet in Amerika etwas. Gross war der Entrüstungssturm der hundertprozentigen Amerikaner, aber Frau Hoover hat eine Tat getan, die ihres Quäkertums und ihrer Stellung würdig ist.

In Amerika geht zurzeit ein Krieg seltsamer Art vor sich, dem wir bei weitem nicht genügende Aufmerksamkeit schenken: den Prohibitionskrieg kann man ihn nennen. Zwischen den Alkoholschmugglern auf der einen und der Regierungspolizei auf der andern Seite findet tatsächlich zu Wasser und zu Land ein solcher Krieg statt und wird mit äusserster Erbitterung geführt. Kleinere wohlbewaffnete Motorboote und auch grössere Kriegsschiffe verfolgen die natürlich ebenfalls bewaffneten Schmuggler auf den riesigen Grenzseen gegen Kanada hin, und an den Ufern des Ozeans und auch in den Strassen der grossen Städte kommt es zu ganzen Gefechten, in denen es Tote und Verwundete gibt. Man mag von der Prohibition halten, was man will, dieser Krieg hat jedenfalls etwas sehr Bedeutsames. Er erinnert fast an die Vorgänge, die den grossen Sklavenbefreiungskrieg einleiteten. Präsident Hoover scheint fest entschlossen zu sein, dem Gesetz Nachachtung zu verschaffen.

Solch grossen Dingen gegenüber ist es eine unbedeutende Sache, soll aber doch gemeldet werden, dass das Stimmvolk von Baselsstadt mit grosser Mehrheit an einem Verbot des Schnapsausschanks in den frühen Morgenstunden, das die Wirte und ihre Freunde beseitigen wollten, festgehalten hat.

Jedenfalls sind solche Dinge für die Zukunft der Menschheit unvergleichlich wichtiger als der Weltflug des Zeppelin, von dem die Zeitungen aller Hemisphären voll sind. Ich versage solchen Leistungen ein für allemal diese Art von Respekt. Nichts ist heute leichter als technische Erfolge. Wir wissen nun längst, dass der homo faber und homo intellectualis dergleichen vermag, möchten aber gerne etwas mehr sehen, ob er auch anderes vermag, nämlich Selbstüberwindung, Besiegung der dämonischen Mächte, die uns mit Untergang bedrohen. Wenn zwei junge Schweizer — Käser und Lüscher — vom Rekordfieber überwältigt, bei ihrem unbedachten Versuch, mit einer ganz ungenügenden Ausrüstung den Ozean zu überfliegen, ums Leben gekommen sind, so haben freilich die Philister, die sie im Falle eines Erfolges vergöttert hätten, gänzlich kein Recht, sie zu verurteilen (wie Rusch ihnen klassisch nachweist), aber schlimm ist es doch, wenn die Jugend durch Technik und Sport so ganz auf äusserliche Abenteuer hingelenkt wird. Bei alledem kommt für den wirklichen Fortschritt des Guten doch rein nichts heraus. Die Tat der Frau Hoover ist in meinen Augen mehr wert als verschiedene Zeppelinflüge um die Welt. Wen das beisst, der kratze sich!

Bedeutsamer auch als der Zeppelinflug ist die ungeheure Sauerstoffexplosion in Berlin-Tegel, die uns wieder einen Vorgeschmack davon gibt, was uns erwartet, wenn wir nicht auf diesem Wege umkehren, ähnlich wie es die unaufhörlichen Katastrophen in den Munitions- und Giftgasfabriken tun. Mene tekel! Es sind in die Hand des heutigen, gottentfremdeten, aller höheren Bindung entbehrenden Menschen gigantisch-dämonische Kräfte gegeben. Wehe, wehe, wenn dieser Mensch sie benützt und selbst von ihnen benützt, von ihnen besessen wird!

Parpan, 6. September 1929.

L. R a g a z.

## Nachtrag zur Monatsschau.

1. Zur Weltpolitik. Die mit der gegenwärtigen Versammlung des Völkerbundes verknüpften Ereignisse halte ich für sehr wichtig: der Beitritt Englands und seiner Dominions zur obligatorischen Gerichtsbarkeit (der sogenannten fakultativen Klausel), dem nun endgültig Frankreich, dazu Italien und viele andern Staaten gefolgt sind, schliesslich wohl alle übrigen noch folgen werden, ist doch wohl ein grosses Ereignis. Ebenso ist wichtig Hendersons und Anderer Vorschlag, den Kelloggspakt derart in den Völkerbundspakt einzubauen, dass die darin bisher noch enthaltene Erlaubnis zur Kriegsführung aufgehoben würde. Endlich haben die Reden MacDonalds, Briands, Stresemanns und Anderer trotz aller Vorbehalte, die man machen muss, ihre grosse Bedeutung. Darüber das nächste Mal mehr.

Es ist auch zu melden, dass die Verständigung über die Abrüstung der Flotten zwischen England und den Vereinigten Staaten auf gutem Wege und der Beitritt der Letzteren zum Haager Schiedsgerichtshof gesichert ist.

2. Zum Kampf zwischen Militarismus und Antimilitarismus. Sehr wichtig sind die Enthüllungen Shearers, der als bezahlter Agent sowohl einiger der wichtigsten amerikanischen Schiffsbau- und Stahlwerk-Gesellschaften als auch der Admiralität den Auftrag hatte, an der Konferenz für Flottenabrüstung im Jahre 1927 die Bestrebungen der eigenen Regierung zum Scheitern zu bringen. Das ist nur eine weitere Illustration dessen, was Lehmann-Rusbüldt in seiner Schrift: „Die blutige Internationale“ nachweist. Ob den Völkern über solchen Dingen endlich die Augen aufgehen?

3. Zum Sozialen. In Genf tritt die Wirtschaftspolitik immer mehr in den Vordergrund, was sehr bedeutsam ist. Es soll das Kohlen- und Zuckerproblem von einer besonderen Konferenz behandelt werden und ist ein Zoll-Waffenstillstand von zwei Jahren vorgeschlagen.

Sonntag, den 8. September, haben an mehreren Orten der Schweiz jene grossen Demonstrationen für den Frieden stattgefunden, die unseres Wissens auf Beschlüssen der Zweiten Internationale beruhen. Eine gewisse Regie hat durch die ganze Anordnung dieser Demonstrationen, die Auswahl der Redner und anderes dafür gesorgt, dass die Sache nicht so ernsthaft wurde, wie es der Stimmung der Arbeiterschaft wohl entsprochen hätte.

4. Zum Kirchlichen. An der Versammlung des Welt-Kirchenbundes in Eisenach wurde unter anderem auch die sorgfältige Ausbildung christlicher Journalisten beschlossen. Was würde wohl Kierkegaard dazu für ein Gesicht machen? — Der Kampf des Bolschewismus gegen die Religion verschärft sich. Neuerdings hat er einen grossen Schlag geführt: auf Befehl des Volkskommissärs für Erziehung, Lunatscharsky, wurde das altheilige Bild der iberischen Gottesmutter aus der Kapelle am Eingang zum Kremel weggenommen und irgendwohin gebracht. Von diesem Kampf auch ein ander Mal mehr.

5. Zum Kulturellen. Aus Indien wird eine furchtbare Ueberschwemmung gemeldet, die ein Gebiet doppelt so gross wie die Schweiz betroffen habe.

14. September.

### Dokumente.

1. Die Resolution der Unteroffiziere. Die zu einem Rapport zusammenberufenen Sektionspräsidenten des schweiz. Unteroffiziersverbandes fassten einstimmig folgende von Unteroffizieren aller Waffen, Zürich, eingebrachte Resolution:

„Wir, die Unteroffiziere und Soldaten aller eidgenössischen Orte, Waffen und Altersgrenzen, aller Konfessionen, sozialen Schichten und Landessprachen, zu ernster Arbeit in der alten Soldatenstadt Solothurn versammelt, erheben



hiemit feierlichen Einspruch gegen die ständigen Versuche der Entmännlichung unserer Jugend durch vaterlandslose evangelische Prediger und extremistische Lehrer, die jene verherrlichen, die sich der Erfüllung der verfassungsmässig festgelegten Dienstpflicht entziehen. Wir erwarten von unseren selbstgewählten Behörden, dass sie den Mut aufbringen, rücksichtslos gegen die Diener des Staates vorzugehen, die bereit sind, ihr Vaterland einem unerreichbaren Ideal zu opfern. Wir geloben, im Gedanken an den Schultheissen Wengi, unentwegt für unser volkstümliches Verteidigungsheer einzutreten und — wenn das Schicksal es will — unser Leben für die Erhaltung und den Schutz unserer schönen Heimat zu opfern. Es lebe das Vaterland, es lebe die Armee!“

**2. Der Bund der religiösen Sozialisten Oesterreichs (Abteilung katholische Arbeitsgemeinschaft) an den Kardinal Piffl in Wien.** „Die blutigen Ereignisse von St. Lorenzen haben alle Welt erkennen lassen, in welchem Grade die Gefahr eines Bürgerkrieges in Oesterreich angewachsen ist.

Die Zuspitzung der politischen Gegensätze ist derart, dass alle, die sich im Gewissen verpflichtet fühlen, den Gefahren eines Bürgerkrieges mit aller Kraft zu begegnen, auch kein Mittel unversucht lassen dürfen, das diesem Ziele ernstlich dienen kann.

Von solchen Erwägungen ausgehend, erlauben wir uns daher im Namen der Katholischen Arbeitsgemeinschaft im Bund der religiösen Sozialisten, aber auch in dessen Namen und im Namen aller, die aus christlichem Gewissen heraus an der Aufrechterhaltung des inneren Friedens arbeiten, die Aufmerksamkeit E. E. darauf zu lenken, wie sehr der inneren Befriedung unseres Staates dadurch gedient wäre, wenn Sie Vorkehrungen treffen würden, die es unmöglich machen, dass Wehrformationen aller Art in geschlossenen Zügen und uniformiert an kirchlichen Feiern teilnehmen und dass Wimpelweihen für Wehrverbände stattfinden.

Wie die Tatsachen beweisen, werden solche religiöse Feiern von rechtsstehenden Wehrverbänden derzeit mit Bedacht dazu missbraucht, um die von den Landeshauptleuten im Bereich Ihrer Diözese erlassenen und für alle Wehrverbände geltenden Aufmarschverbote zu umgehen. Die dann in der Folge solcher religiöser Feiern auftretenden politischen Demonstrationen und Exzesse gefährden im höchsten Grade den inneren Frieden, sie tun auch das ihre, um religiöse Einrichtungen in Misskredit zu bringen.

Eine Aktion wie jene, um die wir mit obigem Hinweis ersuchen, wäre nicht nur eine Tat zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens und der Sicherung der Weiterentwicklung unseres Staates auf legalem Wege, sie wäre zugleich ein sichtbares Zeichen für die Neutralität der Kirche in politischem Kampfe und für den Verständigungswillen in bezug auf das Verhältnis zwischen der Kirche und dem sozialistischen Proletariat, von welchem Verständigungswillen die letzte katholisch-soziale Tagung nach dem Willen der Bischöfe zeugen sollte.

Eine solche Aktion liegt also derart im allgemeinen und im Interesse der Kirche selbst, dass wir sie wohl zuversichtlich erwarten können.“

**3. Erklärung christkatholischer Geistlichen.** „Die unterzeichneten Geistlichen der christkatholischen Kirche der Schweiz erklären öffentlich ihr tiefes Bedauern bezüglich der Stellung, welche der christkatholische Pfarrer von Aarau, Ludwig Meier, in der Angelegenheit der reformierten Kirchgemeinde Safenwil (Kt. Aargau), entgegen der ablehnenden Haltung der christkatholischen Zentralbehörde, infolge seiner freimaurerischen Verbundenheit eingenommen hat. Sie tun dies aus folgenden Gründen:

1. Weil sie der Ansicht sind, dass die in Safenwil entstandenen Schwierigkeiten eine Teilwirkung jener allgemeinen Krisis darstellen, die überall zu



erwarten ist, wo das Evangelium ohne Ansehen der Person verkündigt und mit dem Gehorsam, den Christen ihrem alleinigen Herrn schulden — nicht zuletzt im sozialen Leben — ernst gemacht wird;

2. weil sie der Ueberzeugung sind, dass es sich im vorliegenden Fall durchaus um eine protestantisch-innerkirchliche Angelegenheit handelt, welche die Einmischung eines Geistlichen anderer Konfession nicht verträgt;

3. weil das Verhalten von Pfarrer Meier — welches im Dienst einer offensichtlichen Boykottbewegung steht — von ihnen als dem Geiste der ökumenischen Zusammenarbeit der christlichen Kirchen, für deren Sinn und Ziel sich die christkatholische Bewegung von Anfang an eingesetzt hat, entgegen gerichtet erachtet wird.

Einige der unterzeichneten Geistlichen haben schon vor dem allgemeinen Bekanntwerden des Falles gegen das Verhalten des betreffenden Pfarrers Verwahrung erhoben. Sie würden es im wohlverstandenen Interesse der christkatholischen Kirche und um der rechten zwischenkirchlichen Beziehungen willen begrüsst haben, wenn die christkatholischen Behörden ihre ablehnende Haltung gleich zu Beginn durch eine öffentliche Erklärung dargetan und ihrer Aeusserung durch eine klar gestellte Alternative Nachachtung verschafft hätten.

#### Unterschriften:

Prof. Dr. A. Gilg, Bern; Pfr. O. Gilg, Luzern;  
Pfr. H. Gschwind, Zürich; Pfr. M. Heinz, Zürich;  
Pfr. P. Heinz, Hellikon; Pfr. Lic. E. Stüber, Biel.

**Professor Einstein als „Anstifter“.** Unsere Militaristen werden nicht müde, diejenigen unter uns, die Krieg und Militär nicht für Heiligtümer halten und nach einem viereinhalbjährigen Weltkrieg mit alles in allem dreissig Millionen Toten es nicht für nötig halten, ihre Meinung zu verbergen, als „Anstifter“ zu verleumden, die, hinter dem warmen Ofen sitzend, die andern zur Dienstverweigerung aufhetzten, sich selbst aber klug in Sicherheit hielten. Davon nächstens ein kräftiger Spruch, wir kommen nicht mit allem nach.

Heute wollen wir einem andern das Wort geben, nämlich dem berühmtesten Gelehrten der Gegenwart und einem der grössten aller Zeiten, Professor Albert Einstein, der zugleich zu den wenigen gehört, die 1914 nicht umgefallen sind.

Die in Prag erscheinende Monatsschrift „Die Wahrheit“ hat einer Reihe von Persönlichkeiten, die mit der Friedensbewegung verbunden sind, die Frage vorgelegt: „Wie würden Sie sich für den Fall des Wiederausbruches eines Krieges, respektive Weltkrieges, verhalten?“ Die Antwort Einsteins, wie die anderer Kriegsdienstgegner zu veröffentlichen wurde der „Wahrheit“ (mit verbundenem Munde) von der Zensur nicht gestattet. Von fünfzehn Antworten wurden acht unterdrückt. O Masaryk, und das in deinem Lande!

Die Antwort Einsteins lautet: „Ich würde mich unbedingt weigern, direkten oder indirekten Kriegsdienst zu tun, und ich würde meine Freunde zu derselben Haltung zu überreden suchen, ganz ohne Rücksicht darauf, wie wir die Ursachen des Krieges beurteilen würden.“

Bei einem andern Anlass äusserte sich Einstein folgendermassen:

„Friedliche Streitschlichtung ist nur möglich, wenn die Kampfheere allenthalben abgeschafft werden und ebenso jede Militärflicht. Einstweilen wäre es förderlich, wenn alle Menschen von Ansehen für die prinzipielle Militärdienstverweigerung einträten.“

Aus: Records of Progress (Dokumente des Fortschrittes, April 1929).

**Redaktor Rusch zum Bellenzer sogenannten Gottesdienst.** Redaktor Rusch schreibt in den Republikanischen Blättern vom 10. August zu dem berüchtigt gewordenen Bellenzer Schützen-Gottesdienst unter anderem folgendes:

„Gott, wie danken wir dir, dass wir nicht sind wie diese Reformierten.“ Bekanntlich hat man den Bellenzer Schützenrummel religiös zu garnieren gesucht und zwei mächtige Feldgottesdienste veranstalten wollen. Beim katholischen Feldgottesdienst hielt Monsignore Baccarini, der Bischof von Lugano, selber die Festpredigt. Dieser Gottesdienst war in Massen besucht, teils von Neugierigen, teils von Katholiken, welche diesen etwas erleichterten Anlass, Gott und dem Festgeist dienen zu können, benutzten. Zum gleichzeitig veranstalteten reformierten Feldgottesdienst hat sich tatsächlich sozusagen niemand eingefunden, sodass er gar nicht abgehalten werden konnte. Das hat nun eine Reihe katholischer Zeitungen veranlasst, über das reformierte Christentum unseres Landes wie über eine zum Abbruch ausgeschriebene Kirche zu schreiben und von den Prädikanten zu behaupten, sie hätten kein Volk mehr um sich. Zu diesen Ueberheblichkeiten steht uns Katholiken gar keine Befugnis zu. Fürs erste ist der reformierte Christ durch kein Kirchengesetz gehalten, dem sonntäglichen Gemeindegottesdienste beizuwohnen. Die reformierte Religiösität beruht auf Freiwilligkeit und innerem Bedürfnis. Und zum zweiten ist der reformierte Christ in religiösen Dingen konsequent. Diejenigen nicht zahlgeringen Reformierten, welche in der den meisten Katholiken unbekannt, starken religiösen Strömung stehen, welche seit etwa zwanzig Jahren unser Land durchflutet, sind nicht nach Bellinzona gegangen und werden an eidgenössischen und kantonalen Festen überhaupt nicht zu treffen sein, weil sie wissen, dass in dieser Festerei ein Geist zur Geltung kommt, gegen den jeder, dem etwas an der Lebendigwerdung Christi im Volke liegt, wenigstens durch passive Resistenz, zu protestieren verpflichtet ist, weil unter der Herrschaft dieses Geistes unsere Nation verblödet und entartet. Diejenigen aber, mit der Kirche ohnehin ausserhalb eines intimeren Verhältnisse stehenden Reformierten, die an der eidgenössischen Knullerei mitgemacht haben, waren wenigstens so logisch, um einzusehen, dass ein christlicher Gottesdienst nicht zum Schützenstand passt und dass man besser Gott nicht in ein Getriebe hereinzerrt, in welchem ihm doch sonst herzlich wenig darnach gefragt wird. Es ist keine Unehre und ist kein Zeichen geistigen Todes, wenn, was richtig ist, das reformierte Christentum auch unseres Landes gegenwärtig eine heftige innere Krise durchmachen muss, die in die tiefsten Tiefen prinzipieller Entscheidungen geht. Dass in Bellinzona kein reformierter Schützenstandgottesdienst möglich war, beweist, dass sehr viele diese Entscheidung schon getroffen haben. Die einen im Sinne der Welt. Die waren dort, aber nicht um Gottesdienst zu feiern. Die andern im Sinne des Evangeliums. Die waren nicht dort, weil sie nicht mehr schiessen als sie unbedingt müssen. Daran ist nichts auszusetzen und vom katholischen Standpunkt aus nur zu wünschen, dass die Zeit nicht mehr so fern sei, da auch Bischöfe sich dafür bedanken, als Dekoration für ein Schützenfest beigezogen zu werden. Die Kirche darf diese Rolle füglich unseren festfreudigen Bundesräten überlassen, die überall dabei sind, wo das Volk in unverantwortlicher Weise Geld verschleudert und dem Alkoholkapital Opfer bringt, die man für einen vernünftigen Zweck je länger je weniger aus ihm herausbrächte.

**Sogenannte Wehrhaftigkeit des Proletariates, österreichische Vorgänge und Religiös-Soziale.** Nationalrat Dr. Arthur Schmid, Redaktor des sozialdemokratischen „Freien Aargauer“ hat es für angebracht gehalten, die österreichischen Vorgänge zu einem Vorstoss gegen die Religiös-Sozialen auszunützen. Er wiederholt zu diesem Zwecke den stereotypen Vorwurf, wir wollten die Arbeiterschaft für den Grundsatz der vollkommenen „Gewaltlosigkeit“ gewinnen und sie damit wehrlos der Reaktion ausliefern, die natürlich nicht versäumen würde, sie „abzuschlachten“. (Das ist das Wort, das man in diesem Zusammenhang gewöhnlich braucht. Arthur Schmid braucht es in seinem Artikel nicht, aber wir hören es von dieser Seite oft.) Die österreichischen Ereignisse

aber zeigten uns deutlich, dass das Proletariat bei allem guten Willen, seine Ziele auf friedlichem und demokratischem Wege zu erreichen, doch für alle Fälle gerüstet und auf seine „Wehrhaftigkeit“ bedacht sein müsse. Dieser Artikel ist in mehreren sozialistischen Blättern abgedruckt worden und ist offenbar das Bekenntnis einer gewissen Richtung in der schweizerischen Sozialdemokratie.

Indem ich mir vorbehalte, das ganze Problem „Sozialismus und Militarismus“ sobald als möglich noch einmal gründlich zu behandeln, beschränke ich mich diesmal auf einige Bemerkungen.

Zuerst muss wieder einmal Protest gegen die Fiktion erhoben werden, dass wir „Religiös-Soziale“ der Arbeiterschaft ein Bekenntnis zur Tolstoischen Gewaltlosigkeit zumuteten. Diese Behauptung kann bona fide nicht mehr aufrecht erhalten werden, nachdem ich in einem Aufsatz, der vor Jahren am Parteitag in Bern verteilt wurde, sie in aller Form zurückgewiesen habe. Auch dürfte man wohl einem Doktor juris und Nationalrat zumuten, Ansichten, die man bekämpfen will, zuerst kennen zu lernen. Es wäre nicht zu viel verlangt, wenn er z. B. meine Schrift über „Sozialismus und Gewalt“ läse, worin unsere Haltung in bezug auf diesen Punkt mit vollkommener Klarheit dargestellt ist. Aber es ist natürlich gar zu verlockend, unter Hintansetzung der Wahrheit, den Arbeitern durch eine solche Schauer Mär von der „Abschlachtung“, der wir sie kaltherzig ausliefern wollen, das Gruseln vor uns beizubringen. In Wahrheit ist dies unsere Stellung: „Gewaltlosigkeit“ ist eine Haltung, die man nur Menschen zumuten darf, die auf dem Boden eines bestimmten, seis religiös, seis ethisch formulierten G l a u b e n s stehen. Einen solchen Glauben dürfen wir vorläufig bei unserer Arbeiterschaft nicht einfach voraussetzen. Es ist uns darum nie eingefallen, ihr zuzumuten, dass sie sich in irgend einer Situation passiv und wehrlos sollte „abschlachten“ lassen. Was wir ihr zumuten und wofür wir sie gewinnen möchten, das ist eine völlige und entschiedene Absage an allen G e w a l t g l a u b e n, eine Befreiung von der auch von Arthur Schmid vertretenen Art, die ich H a l b b o l s c h e w i s m u s nenne und die in einem haltlosen Schwanken zwischen der entschiedenen Gewalttheorie des Bolschewismus und einer wirklich und ernsthaft demokratisch-pazifistischen Denkweise besteht, wie sie etwa die englische Unabhängige Arbeiterpartei vertritt. Es ist, mit andern Worten, e i n e a n d e r e T a k t i k, e i n a n d e r e r G e i s t u n d S t i l d e s S o z i a l i s m u s, als die von unseren Vulgärmarxisten vertretenen, wofür wir kämpfen. Dabei ist so wenig unsere Absicht, die Arbeiterschaft einer „Abschlachtung“ entgegenzuführen, dass wir gerade umgekehrt durch u n s e r e T a k t i k sie vor jener „Abschlachtung“ bewahren möchten, die ihr sicheres Los wäre, wenn sie den Rat von Arthur Schmid und seinen Gesinnungsgenossen (Schmid würde schreiben: „von Schmid und Konsorten“) befolgte.

Jene Taktik aber halten wir für durchaus verhängnisvoll. Wir verdanken es ihr, wenn wir in der Schweiz mit dem Sozialismus noch nicht weiter sind. Was dennoch an Erfolgen errungen worden ist, erwuchs aus der Gunst der Lage (denn der Sozialismus drängt sich heute völlig auf) und aus dem Umstand, dass schliesslich nicht bloss Arthur Schmid „und Konsorten“ den Sozialismus vertreten, aber wir wären ungleich weiter, wenn er nicht auch von einer Denkweise aus vertreten würde, die der bürgerlichen auf keine Weise sittlich überlegen ist.

Diese Denkweise ist aber gerade dem Militärproblem auf keine Weise gewachsen. Sie ist dies nicht, weil sie, wie gesagt, dem bürgerlichen Militarismus auf keine Weise innerlich überlegen ist, vielmehr auf dem gleichen Gewaltglauben ruht wie dieser und im Grunde auch ganz die gleichen Argumente braucht. Sie ist es aber auch nicht, weil sie bei all ihrem vorgegebenen Realismus die schweizerische Lage vollkommen verkennt. Nebenbei bemerkt: wie kommt Schmid dazu, uns „Weltfremdheit“ vorzuwerfen? Gibt ihm der Besitz



des Dokortitels oder der Umstand, dass er ein Advokaturbureau leitete, das Recht zu der Meinung, er kenne die Welt besser als wir? Oder hat er etwa bisher in der Beurteilung der Dinge einen richtigeren Blick gezeigt? Jedenfalls liegt für jeden, der nicht von einem Dogma blind und von Schlagwörtern taub gemacht ist, auf der Hand, dass in der Schweiz ein Versuch der Arbeiterschaft, mit Waffengewalt sich durchzusetzen oder auch nur zu behaupten, für heute und absehbare Zeit eine Utopie ist, die man wirklich nur jenen „politischen Säuglingen“ erlauben darf, die sich für weise halten. Auf einen solchen Versuch warten schon lange unsere schlimmsten Feinde. Er wäre sozusagen in einer Viertelstunde erledigt und dann für ein Vierteljahrhundert Adieu Sozialismus und Arbeiterbewegung in der Schweiz. Die entscheidenden Waffen sind durchaus in der Hand der Gegner (der Gottfried Kellersche Stutzer bedeutet heute sehr wenig mehr), ebenso ist auf ihrer Seite die militärische Führung und Organisation, dazu die entsprechende Gesinnung. Vor diesem Schicksal wollen wir die Arbeiterschaft bewahren und sie auf einen andern Weg weisen, einen Weg voll Aussicht, einen Weg des fast sichern Sieges.

Auf welchen denn?

Bevor ich darauf die Antwort gebe, die in Kürze allein möglich ist, muss ich noch auf einen Grund hinweisen, warum die von Arthur Schmid vertretene Denkweise dem Problem so ganz und gar nicht gewachsen ist. Sie ist nämlich ganz und gar unklar und darum, wie gesagt, schwankend.

Ganz unklar ist diese Denkweise in bezug auf die Lage, die unser Problem voraussetzt. Sie operiert im Grunde, ohne sich darüber ehrliche Klarheit zu verschaffen, mit dem bolschewistischen Gedanken, dass eine sozialistische Minderheit oder doch ganz ungefestigte Macht sich der politischen Gewalt bemächtigte, was natürlich auch nur mit Gewalt geschehen könnte. Eine solche sozialistische Herrschaft würde natürlich vom Gegner mit Gewalt angegriffen und übrigens wohl auch bald gestürzt. Diese Taktik nenne ich, in der unklaren und unentschiedenen Form, wie sie bei unsern „Marxisten“ auftritt, Halbbolschewismus. Sie führte selbstverständlich, vorausgesetzt, sie wäre überhaupt denkbar, bei uns zur „Abschlachtung“ der Arbeiterschaft.

Wir aber raten zu einem ganz andern Weg. Wir machen vor allem, paradoxerweise, gegen die „Marxisten“ ernst mit dem Grundsatz, dass der Sozialismus nicht in erster Linie auf dem politischen, sondern auf dem wirtschaftlichen und sozialen Wege kommt und dass es Utopie, ja Unsinn ist, ihn wesentlich auf dem politischen Wege einführen zu wollen. Wir glauben ferner, was damit zusammenhängt, dass von einer Herrschaft des Sozialismus (von „Diktatur“ reden wir freilich nicht) erst dann die Rede sein könnte, wenn die grosse Mehrheit des Volkes für ihn gewonnen wäre, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch. Das letztere betonen wir: Es gilt, eine sozialistische Taktik anzuwenden, die dem Gegner wirklich überlegen ist und nicht die Waffen aus seinem Arsenal holt, es gilt, so grosse Teile des Volkes als nur möglich moralisch zu erobern, ihnen Vertrauen zum Sozialismus, seinen Zielen und Vertretern einzuflössen. Dann aber, sagen wir, lasset die Reaktion es mit Waffengewalt versuchen, nun wird sie selbst in einer Viertelstunde erledigt sein. Denn noch einmal: nicht um „Gewaltlosigkeit“ oder „Nicht-Gewaltlosigkeit“ handelt es sich unter uns, sondern um den Geist des Sozialismus und den Weg zum Sozialismus. Der Weg aber, den Arthur Schmid empfiehlt, führt früher oder später zur sichern Niederlage.

Aber was meint er denn für einen Weg?

Ja, wer das wüsste! Ja, wenn er selbst das wüsste! Das ist eben ein Hauptgrund der Schwäche dieser Denkweise, dass sie haltlos und unklar zwischen zwei klaren Möglichkeiten schwankt. Will er denn Arbeiterwehren



bilden, das Proletariat bewaffnen, auf jenen Tag des Zusammenstosses mit dem Bürgertum militärisch vorbereiten? Das will er höchst wahrscheinlich nicht. Wenn er es wollte, so müsste er es sagen und tun. Aber er weiss dafür doch zu gut, was dabei herauskäme! Aber was dann? Etwa unser Weg? Das auch nicht. So meint er denn etwa, das Proletariat werde eines Tages ganz von selbst sich zu wehren wissen, wenn man es nur „wehrhaft“ erhalte und den Einfluss der „Religiös-Sozialen“ bekämpfe? Das wäre ein Mirakelglauben, der dem „Freidenker“ Arthur Schmid seltsam anstünde!

Mit einem Wort: es ist die vollendete Unklarheit und Haltlosigkeit. Sie aber ist vielleicht das Schlimmste von allem. Und sie hat ihren letzten Grund darin, dass man zwar auf der einen Seite den Irrtum des Bolschewismus ein- sieht, auf der andern aber keinen G l a u b e n hat, der einen andern Weg wiese, vielmehr durchaus den Glauben des Bürgertums teilt. Selbstverständlich merkt dieses den Sachverhalt und verliert vor einem solchen Sozialismus alle Ach- tung. Das Ende seines Weges wäre besonders auch ein moralisches Fiasko.

Es gibt für die Arbeiterschaft nur einen klaren sicheren Weg: Eine wirk- lich sozialistische Taktik, die aus wirklich sozialistischer Gesin- nung erwächst und getragen ist von einem wirklich sozialistischen G l a u b e n.

Zum Schluss aber noch ein Wort von den österreichischen Er- eignissen. Hier wird Arthur Schmid's Argumentation erst recht zum Gegen- teil aller Wahrheit. Wer die österreichischen Entwicklungen mit offenen Augen verfolgt hat, der muss doch sehen, dass gerade sie, weit davon entfernt, dem Schmid'schen Standpunkt (auf dem doch niemand wirklich stehen kann) recht zu geben, im Gegenteil dessen klassische Widerlegung sind. Die österreichische Sozialdemokratie ist doch in grosser Bedrängnis. Sie weiss genau, dass der Gegner ihr militärisch überlegen ist. Und wenn dem auch nicht so wäre, so weiss sie doch, dass vor allem sie selbst die Kosten eines blutigen Zu- sammenstosses zu tragen hätte. Sie tut darum alles, was sie nur kann, um diesen zu vermeiden, sie schlägt seit einem Jahr, seit jenen bekannten Wiener Ereignissen, unermüdlich die „innere Abrüstung“ vor. Und nun kommt der Realpolitiker Arthur Schmid und rät für die Schweiz ausgerechnet zu dem Weg, auf dem die österreichische Sozialdemokratie an den Rand des Ab- grundes gekommen ist.

Sie hat nämlich auch Fehler gemacht. Ich schätze sonst ihre Leistung hoch. Sie hat sehr wesentlich mitgeholfen, Europa vor der Bolschewisierung und dem Rückschlag darauf zu bewahren, sie hat tüchtige, ja bedeutende Führer gehabt und hat sie noch. Sie hat besonders in Wien sozialpolitische Leistungen aufzuweisen, die eine Ehre des ganzen Sozialismus bilden. Aber abgesehen von den allgemeinen Fehlern alles Marxismus hat sie doch auch gerade den gehabt, der hier in Betracht kommt: sie hat dem Gewaltglauben nicht gründlich abgesagt; sie hat auch mit dem Gedanken des militärischen Schutzes gespielt. Dabei hat sie aber schlechte Erfahrungen gemacht. Die „Volkswehr“, die einst ganz sozialdemokratisch war, ist ihr völlig entglitten. An jenem bösen 15. Juli hat die stark sozialdemokratisch organisierte Polizei fest auf die Arbeiterschaft geschossen. Wenn Arthur Schmid das leugnet, so schlägt er durchaus feststehenden Tatsachen ins Gesicht. Die Parteileitung hat aber, was ihr hoch anzurechnen ist, rasch den Sinn der Lage und die begange- nen Fehler erkannt. Nur aber sehr spät, vielleicht zu spät. Denn der Gegner, durch gewisse Methoden gereizt, hat auch zu ihnen gegriffen und ist nun der Stärkere, genau so, wie es, nur in dreifach vermehrtem Masse, in der Schweiz geschähe, wenn man Arthur Schmid auf dem Wege folgte, den er übrigens selbst nicht recht weiss!

Das ist auch das Urteil von einer Anzahl Wiener Genossen und der Arbeiterbewegung nahestehender Oesterreicher, mit denen ich diese Probleme besprochen habe. Nichts ist ungeeigneter für eine Unterstützung des Schmid-

schen Standpunktes als das, was nun in Wien vor sich geht. Die Lage ist dort so schwer und ernst, dass es ganz unverantwortlich ist, wenn einer, der ein Führer sein will, sie bei uns benützt, um seinem Dogma und dem Hass gegen die Religiös-Sozialen zulieb sie das Gegenteil von dem sagen zu lassen, was sie jedem sagt, der Ohren hat zu hören und Augen zum sehen!

**Die Hungersnot in China.** Es scheint nicht möglich zu sein, das kontinentale Europa zu einer grossen Aktion gegen die entsetzliche Hungersnot in China zu bewegen. Das selbstverständlich gegebene Organ dafür schien der Völkerbund zu sein. Die Zürcherische Vereinigung für den Völkerbund nahm unsere Anregung, an ihn zu gelangen, bereitwillig auf und leitete sie an den Präsidenten und den Generalsekretär weiter, die ihrerseits ebenso bereitwillig darauf eingingen. Es wurde im Namen der gesamten schweizerischen Vereinigung ein entsprechendes Gesuch an den gerade in Madrid versammelten Völkerbundsrat gerichtet. Von dessen Präsidenten, dem Japaner Adiatci kam nach einiger Zeit ein Schreiben, das die Anregung freundlich begrüßte, aber darauf hinwies, dass nach den Statuten nur Regierungen das Recht hätten, solche Anträge zu stellen. Daraufhin wandte sich der Generalsekretär der schweizerischen Vereinigungen an Herrn Motta mit der Bitte, unsere Anregung im Namen der Schweiz vorzubringen. Dieser gab den Bescheid, China sei ja Mitglied des Völkerbundes und könne selbst einen solchen Antrag stellen, es stehe der Schweiz nicht an, es an seiner Stelle zu tun. Diese Antwort sieht einer Ausrede gleich und nicht einmal einer guten. Gewöhnliche Sterbliche, die nicht wie Herr Motta in den Künsten der hohen Diplomatie geübt sind, werden umgekehrt empfinden: China wird sich nicht so leicht entschliessen, selbst einen solchen Antrag zu stellen. Uebrigens wäre es Herrn Motta ein Leichtes gewesen, sich darüber mit dem Vertreter Chinas in Genf (oder Bern?) zu verständigen. Aber er hatte wohl für die Todesnot von zwanzig Millionen Menschen nicht gerade Zeit.

Wir haben uns dann als Bürger des „Völkerbundslandes“ privatim an einen Norweger gewendet, dass er unser Anliegen zu dem seinigen mache und seine Regierung bewege, es zu unterstützen. Aber Fritjof Nansen musste zu seinem Bedauern, als schon zu stark belastet, die Aufgabe ablehnen.

Obschon mir dies auch nicht leicht fiel, hatte ich mich schon vorher auch an den Schweizerischen Kirchenbund gewendet. Dieser trug die Sache dem Fortsetzungsausschuss für das Stockholmer Werk vor. Beide Instanzen antworteten freundlich, man fand aber, ein so ungeheures Werk könne nur der Völkerbund in die Hand nehmen. An ihn hat sich, nach einem Beschlusse des in Eisenach versammelten Komitees, der Weltkirchenbund gewendet. Hoffentlich geht es ihm besser als uns. Ruhen bleiben darf doch um Gottes willen diese Sache nicht!

Eins ist mir aber aufgefallen: Trotzdem ich von dieser Sache wiederholt in den „Neuen Wegen“ geredet und sogar die „Christliche Welt“ dies getan, fand ich in den kirchlichen Organen, die ich lese — und es sind deren viele — nicht eine Spur von Echo. Hätte ich mit einem halben Satze etwa eine kirchliche Richtung oder einen ihrer illustren Träger wirklich oder auch nur scheinbar angegriffen, dann wäre ein Lärm entstanden, aber über den drohenden Hungertod von zwanzig Millionen Menschen regt man sich im Zeitalter der „neuen Sachlichkeit“ nicht auf. Höchstens als Gegenstand eitlen Missionsgetues sind diese zwanzig Millionen brauchbar. Eine solche Tatsache beleuchtet mit Blitzlicht den Stand unseres „Christentums“.

Sollen wir es dulden, dass sowohl die weltlichen, als die geistlichen Organisationen der abendländischen Christenheit einem solchen unerhörten Elend, das sie sogar zum Teil selbst verschuldet haben, geruhsam zusehen und sich über das Fiasko eines Schützenfest-Gottesdienstes bei weitem mehr erregen als über den Hungertod von zwanzig Millionen Menschen? Die

